

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: EG - Jugendarbeitslosigkeit -
Großbritannien - Frankreich - Welthandel**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: EG - Jugendarbeitslosigkeit - Großbritannien - Frankreich - Welthandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 4, pp. 157-158

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135665>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG

25 Jahre Römische Verträge

Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik, anhaltender Streit um die Finanzierungsbeiträge zum EG-Haushalt, Fischereikonflikte, Wein-, Fleisch- und Geflügelkriege, wachsende Neigung zu Lösungen, die zu Lasten anderer Mitgliedsländer gehen, zäher Widerstand der Regierungen gegen jede Ausweitung der Rechte und Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments, Austrittswünsche Grönlands, griechische Extratouren – die Reihe schlagzeilenträchtiger Negativbilder ließe sich noch erheblich ausweiten. Besteht 25 Jahre nach Abschluß der Europäischen Verträge (EWG, Euratom) am 25. März 1957 dennoch ein Grund zum Feiern?

Sicherlich kommt gegenwärtig keine Begeisterung auf. Übersehen werden darf aber nicht die Aktivseite: die Verträge halfen, die zerstörte Vertrauensbasis zwischen den Ländern nach dem Kriege wiederherzustellen. Die Zollunion hat handels- und wohlstandsfördernd gewirkt. Überall dort, wo man zu gemeinschaftlicher Verantwortung kam, wurden Erfolge erzielt: So hat z. B. in der Wettbewerbspolitik, wo klare europäische Zuständigkeiten geschaffen wurden, die Kommission – manchmal mit hohen Bußen – für fairen Wettbewerb gesorgt. Das gilt – unbeschadet der Notwendigkeit von Reformen – auch für den Agrarbereich, der eine Nahrungsmittelversorgung auf hohem qualitativen und quantitativen Niveau sichert. In der politischen Zusammenarbeit sind entwicklungsfähige Ansätze entstanden. Und das Ansehen der EG außerhalb ihrer Grenzen übersteigt die Resonanz, die sie in den Mitgliedsländern selbst findet.

Die heutige Unzufriedenheit über Zustand und Entwicklung der EG ist nicht zuletzt auch das Ergebnis übersteigter Erwartungen nach den anfänglich großen Erfolgen. Politische und wirtschaftspolitische Integrationsprozesse brauchen eben ihre Zeit. kr

Jugendarbeitslosigkeit

Hochgestecktes Ziel

Bei der jüngsten EG-Gipfelkonferenz in Brüssel wurde beschlossen, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

alle Jugendlichen, die in den nächsten fünf Jahren neu auf den Arbeitsmarkt kommen, eine Berufsausbildung oder erste Berufserfahrung anzubieten. In den einzelnen Mitgliedstaaten sollen dafür besondere Programme vorgesehen oder Beschäftigungsverträge abgeschlossen werden. Außerdem sollen im Rahmen der EG Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung getroffen werden.

Angesichts der hohen und aller Voraussicht nach noch kräftig weiter steigenden Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern der EG sind Gegenmaßnahmen dringend nötig. Im vergangenen Jahr waren in der EG schon weit mehr als 3 Mill. junge Menschen im Alter unter 25 Jahren als arbeitslos registriert, der größte Teil davon in Großbritannien, Italien und Frankreich. Vor allem aus demographischen Gründen wird der Andrang von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren noch anhalten. Denn in allen anderen Mitgliedstaaten war der „Pillenknicke“ in der Geburtenrate weniger deutlich ausgeprägt als in der Bundesrepublik.

Berufsausbildung und erste Erfahrung am Arbeitsplatz sind sicherlich geeignete Mittel, die Chancen Jugendlicher beim Eintritt ins Arbeitsleben zu verbessern. In den Beschlüssen vom EG-Gipfel fehlen jedoch konkrete Angaben, wie die Maßnahmen ausgestaltet und wie sie finanziert werden sollen. Es ist zu bezweifeln, daß sie bei der angespannten Haushaltslage in den Mitgliedstaaten und in der Gemeinschaft selbst schon in nächster Zeit durchgesetzt werden können. Das Setzen ehrgeiziger Ziele allein ist kein Weg zur Lösung des Problems. sp

Großbritannien

Stimmungsbesserung

Die zweijährige tiefe Rezession bis Mitte vergangenen Jahres, der eine annähernde Stagnation folgte, hat in Großbritannien zu einem exorbitanten Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Auf breiter Front, von den Gewerkschaften bis zu den Unternehmerverbänden, wurden daher massive Forderungen nach einer starken Ankurbelung der Wirtschaft vorgebracht. In dem am 9. März bekanntgegebenen Budget fanden diese Forderungen jedoch kaum einen Niederschlag. Die Regierung hielt vielmehr trotz einer Reihe kleinerer Zugeständnisse im großen und ganzen an ihrem Stabilisierungskurs fest.

Dennoch hat sich die Stimmung in der Wirtschaft gebessert. Die wirtschaftliche Entwicklung war, wie aus den gerade veröffentlichten Statistiken hervorgeht, schon im letzten Quartal 1981 nicht mehr so schlecht, wie aufgrund der weiter gestiegenen Arbeitslosigkeit wohl vielfach angenommen wurde. Die Lagerbestände sanken kaum noch, und die Unternehmensinvestitionen nahmen wieder zu. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich weiter verbessert, insbesondere wohl deshalb, weil die Ertragsaussichten bei kaum noch gestiegenen Lohnstückkosten erheblich günstiger geworden sind. Vor allem aber: die Zinsen sinken, und es zeichnet sich ein Stabilisierungsschub ab. Die Verbraucherpreise sind im Februar erstmals seit Jahren nicht gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Teuerungsrate dürfte nun rasch unter die 10-Prozent-Marke fallen, zumal die zusätzlichen Belastungen mit indirekten Steuern erheblich niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr. Damit bestehen gute Chancen, daß der schmerzhafteste Stabilisierungsweg nun allmählich in eine Phase des Wachstums überleitet – es sei denn, die Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln werden sehr teuer. gw

Frankreich

Verflogene Euphorie

Die jüngsten Kantonswahlen in Frankreich bereiteten den Linksparteien eine deutliche Schlappe. Die Kommunisten und die Linksradikalen waren die größten Verlierer. Die Position der Sozialisten, die weiterhin die stärkste Partei bilden, blieb ziemlich unverändert. Deutliche Stimmenzuwächse verzeichneten demgegenüber allein die Oppositionsparteien.

Für die Regierung ist dieses Ergebnis enttäuschend, konnte sie doch gerade aufgrund der Dezentralisierungsbemühungen auf Stimmengewinne hoffen. Ganz offensichtlich ist jedoch die Euphorie verflogen, die vor knapp einem Jahr bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zum Erdrutschsieg der Sozialisten geführt hatte. Entscheidend hierfür dürften die seither kaum gemilderten Wirtschaftsprobleme sein.

Die erneuten Schwächeanfänge des Franc, die mit einer weiteren Verschärfung der Devisenkontrollen und – trotz der schon lange propagierten Abkopplung von den hohen US-Zinsen – mit einer Anhebung der Zinssätze bekämpft werden, sind Ausdruck dieses Tatbestandes. Der Preisauftrieb setzte sich auch nach dem Einsatz von Preiskontrollen kräftig fort, während es in vielen

Ländern zu einer spürbaren Verlangsamung kam. Zugleich verschlechtern sich die Aussichten dafür, daß die konsuminduzierte Produktionsbelegung in einen Aufschwung überleitet. Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Wahlkampfschlagern vom letzten Jahr, blieben durchschlagende Erfolge versagt. Die Auseinandersetzungen in Partei und Kabinett um eine Verstärkung oder Bremsung der Reformpolitik sowie um den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs dürften sich nach diesem Wahlergebnis erheblich verschärfen. wt

Welthandel

Schlechte Noten

Die GATT-Analyse der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1981 fiel ernüchternd aus. Erstmals seit 1958 ging der Welthandel nominal zurück. Real stagniert der Warenaustausch jedoch „nur“, da die starke Dollaraufwertung zu einer Senkung der Durchschnittswerte im Welthandel führte. Ohne Rohöl, dessen Export um 14 % fiel, errechnet sich „sogar“ ein realer Anstieg um 2½ % und für Verarbeitungserzeugnisse einer um 3 %. Doch auch diese Ergebnisse sind die schlechtesten seit dem Weltrezessionsjahr 1975.

Bei der Analyse der Ursachen für die anhaltende weltwirtschaftliche Misere geht das GATT vor allem mit der Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer hart ins Gericht, die eine schlüssige, der vielschichtigen Problematik gerecht werdende Konzeption vermissen lasse und statt dessen die Ursache allen Übels schlicht in der Ölkrise und den hohen Zinsen sehe. Diese harte Kritik mag auf den ersten Blick ungerechtfertigt erscheinen, zumal die Industrieländer 1981 erneut den Energieverbrauch, insbesondere den Ölkonsum, stark einschränkten und damit auch das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht entscheidend korrigieren konnten.

Bei näherem Hinsehen lassen sich allerdings die Argumente, die das GATT etwa gegen den wachsenden Protektionismus in der Form bilateraler und sektoraler Sondervereinbarungen vorbei am bewährten System allgemeingültiger Regeln für den Welthandel vorbringt, nur schwer widerlegen. Auch leuchtet ein, daß die hohen Zinsen besser durch eine Förderung der privaten Ersparnisbildung statt durch Kapitalverkehrskontrollen und eine expansive Geldpolitik bekämpft werden. Schließlich weist das GATT zu Recht darauf hin, daß in der wirtschaftspolitischen Praxis der Zusammenhang zwischen den Handelsfragen auf der einen und den finanziellen und Währungsproblemen auf der anderen Seite vernachlässigt wird. ko